Nr. 297
Ball-Palast
Uhr der große
nnabends-Ball
2 Kapellen
onntags 4 Uhr.
hallen
entlicher Touren-Ball
„Deutscher Kaiser"
Freitag und Sonntag
öffentlicher Ball
ante Damenball
chtfalter
saal, Jagdweg
ute Freitag:
amenball
Vereine
ghkeits-Verein „Reminiscenz"
Abend mit Ball
ttinshöhe, Dresden.
alast Blumensäle,
Großer Ball
Ehemal. Angehöriger der
-Kol. 10 (1. A.M.R. XII).
ter Vereinsabend
ngs-Abend mit Ball
Hotel Augsburger Str.
s Herbstvergnügen
Wieder
Billigste Bezugsquelle
assburger
t-Bazar
zeigt
HÜTE
von Qualität und Geschmack zu angenehm billigen Preisen
Gr. Zwingerstr. Ecke.
Birken- und Erlen-Scheite
rennhölzer

Nr. 297 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 5. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rantsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

England und Bayern

Unterredung mit Botschaftsrat Mister Seeds

Der neue diplomatische Vertreter Englands in Bayern, Botschaftsrat Seeds, ist in München eingetroffen und wird, sobald er sich dem bayrischen Ministerpräsidenten vorgestellt hat, sein Amt als Generalkonsul Englands in Bayern antreten. Botschaftsrat Seeds empfing in diesen Tagen den Generaldirektor der Deutschen Telegraphenassociation zu einer kurzen Unterredung, der die Ausführungen des Botschaftsrates folgendermaßen zusammenfaßte:

„Ich bin nach München ohne jede vorgefaßte Meinung gekommen. Mein Amt fasse ich so auf, daß ich die Aufgabe habe, mit möglichst vielen, im öffentlichen Leben Bayerns stehenden Persönlichkeiten zusammenzutreffen, um über die öffentliche Meinung und Stimmung unterrichtet zu werden und in der Lage zu sein, meiner Regierung die Verhältnisse so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit sind. Nach den schweren Zerrüttungen, die der Krieg der ganzen Welt gebracht hat, ist

der Wiederaufbau die vordringlichste Aufgabe

Er kann aber nur dann in gerechter und billiger Weise erfolgen, wenn der Schleier der Ungewißheit und der Unrichtigkeit von den Dingen und Verhältnissen fällt und die Wahrheit offen zutage liegt. Gestatten Sie mir ein medizinisches Bild: Der Arzt kann erst dann helfen und seine Verordnungen treffen, wenn er die Krankheit erkannt hat. Wie ein Zeitungskorrespondent, der seine Aufgabe richtig erfaßt, die Pflicht hat, die objektive Wahrheit seinem Blatte zu schildern, so betrachte auch ich mich gleichsam als

Korrespondenten der englischen Regierung in Bayern,

dem es obliegt, über das Gesehene und Erfahrene zu berichten. Dadurch wird meine Regierung in die Lage versetzt, Bayern objektiv kennenzulernen.

Ich habe gehört, daß

Bayern sehr unter der Kohlennot zu leiden

hat. Die Kohlenfrage ist naturgemäß mit das wichtigste Problem für den Wiederaufbau. Es ist notwendig, daß die Entente die volle Wahrheit über die Kohlenproduktion in Deutschland erfährt. Es steht fest, daß gegenüber England und Frankreich die Kohlenförderung vergleichsweise in Deutschland größer ist. Wenn die objektive Wahrheit über die Kohlenproduktion in Deutschland vorliegt, dann wird versucht werden müssen, selbstverständlich in Uebereinstimmung mit dem Versailler und dem Spaer Abkommen, Mittel und Wege zu finden, um nach dieser Richtung hin den Wiederaufbau in Deutschland zu ermöglichen. Was die Frage der

Ablieferung der Milchkühe

anbelangt, die jetzt die öffentliche Meinung in Deutschland beherrscht, so ist England an dieser Ablieferung direkt nicht interessiert. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß es nicht klug ist, wenn die Presse in Deutschland immer wieder versucht, die alliierten und assoziierten Mächte gegeneinander auszuspielen. Die gemeinsame Basis für die Entente ist der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa.

Es ist nicht richtig, wenn verschiedentlich behauptet wird, daß das englische Volk einen Haß gegen Deutschland habe. Es mag zutreffen, daß einzelne die ihnen im Krieg widerfahrenen Bitterkeiten nicht vergessen können, aber

von einem Deutschenhaß in England kann nicht gesprochen werden

Die englische Regierung hat die Einreiseerlaubnis für die deutschen Journalisten erleichtert. Auch deutsche Kaufleute, die in England geschäftliche Beziehungen anknüpfen wollten, werden dies gestattet erhalten. Auf der andern Seite möchte ich aber auch erwähnen, daß, wie mir gesagt wurde, Bayern die Einreise der Fremden unter schwere Bedingungen gestellt hat. Ich weiß dies noch nicht direkt und werde mich bemühen, hier die objektive Wahrheit zu erfahren und festzustellen.

Es müßte in der ganzen Welt angestrebt werden, soviel wie möglich den Krieg und seine häßlichen Begleiterscheinungen zu vergessen und zu versuchen, Frieden, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, um dadurch das Allernotwendigste zu leisten, nämlich Wiederaufbauarbeit. So faße ich auch das mir von meiner Regierung in München übertragene Amt auf.

Die Völker und Menschen müssen sich wieder gegenseitig verstehen lernen

um die Wunden, die der Krieg der ganzen Welt geschlagen hat, zu heilen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch Ihre Frage bezüglich der

Erhaltung der bayrischen Einwohnerwehren

beantworten. Ich habe zunächst direkt mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat in der englischen Botschaft in Berlin seine Ansicht dargetan. Die Entente wird nun die Antwortnote der deutschen Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage abwarten und dann ihre weiteren Beschlüsse zu fassen haben. Ich persönlich denke und hoffe, daß sich ein Kompromiß wird finden lassen, das Bayern, dezentralisiert und kontingentiert, vorläufig die Institution der Einwohnerwehr beläßt.

Seien Sie versichert" — so schloß der Botschaftsrat die Unterredung — „daß ich mein Wirken in Bayern im Sinne des Friedens, der Ruhe und Ordnung betrachte und auffasse."

•

Die Botschafterkonferenz

× **Paris**, 4. Dezember. Die gestrige Botschafterkonferenz beschloß, daß die Arbeiten zur Feststellung der Grenzen des Saargebiets unverzüglich aufgenommen werden sollen. Zu diesem Zwecke werden Noten zwischen dem Vorsitzenden der Konferenz Cambon und dem deutschen Delegierten v. Mutius ausgetauscht werden. Der Konferenz lag eine Anfrage der deutschen Regierung vor über die Verwaltung des besetzten Gebietes, die schon von der interalliierten Oberkommission entschieden worden war. Die Konferenz kam zu dem Schlusse, daß sie keine Berufungsinstanz über die interalliierte Kommission sein könne, der nach den dem Versailler Vertrage angeschlossenen Uebereinkommen selbständige Rechte eingeräumt worden seien. Der Vorsitzende Cambon berichtete dann über eine Note der ungarischen Regierung, die die Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon bestätigt.

Der Völkerbund

Der 5. Ausschuß des Völkerbundsrates hat einstimmig den Antrag Oesterreichs um Aufnahme in den Völkerbund angenommen.

Der italienische Minister des Aeußern sandte dem Völkerbundsrat ein Telegramm, in dem er das lebhafte Interesse Italiens für Armenien ausdrückt. Die peruanische Regierung kündigte ebenfalls ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Rettungswerk für Armenien an. Die kubanische Regierung teilte mit, daß sie angesichts der großen Entfernung die Frage sehr ernsthaft prüfen müsse.

•

Völkerbund und Blockade

* **Genf**, 4. Dezember. Der Fünferausschuß des Völkerbundes hat den Antrag Oesterreichs auf Annahme in den Völkerbund einstimmig angenommen. Die lebhafte Diskussion über die Aufnahme oder Zurückweisung Bulgariens in den Völkerbund dauert fort. Rumänien und Südslawien beharren in ihrem energischen Widerstand. Dagegen befürworteten England, Frankreich und Italien die Aufnahme. Die für die Prüfung der Blockadefrage eingesetzte Unterkommission B der Sechserkommission nahm die nachstehende wichtige Entschließung über die Verhängung der Blockade als Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens an. Die Entschließung lautet:

Für den Fall der Bezeichnung eines Vertragsbruches durch den Völkerbundsrat ist es Pflicht jedes Mitgliedsstaates des Völkerbunds: 1. alle diplomatischen Beziehungen mit dem Staate abzubrechen, der sich gegen den Völkerbundspakt vergangen hat; 2. so schnell als möglich die erforderlichen und mit der Verfassung des Völkerbundes in Einklang stehenden Maßnahmen zu verfolgen, um allen Staatsangehörigen jegliche Beziehungen mit den Bewohnern des von der Blockade betroffenen Staates zu untersagen.

Lord Cecil, der Vorsitzende der Unterkommission, betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Entschließung, die dem Völkerbund gestatte, die furchtbare Waffe, über die er verfügt, die wirtschaftliche Blockade zugunsten des Weltfriedens in die Wagschale zu werfen.

•

Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung

Der Bericht der Kommission über die Beziehungen zwischen Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung und über die Kompetenzen dieser beiden Organe kommt zu folgendem Schlusse: Der Rat und die Versammlung haben ihre besonderen Rechte und Pflichten. Keines dieser Organe hat das Recht, irgendeine Frage zu erledigen, die durch den Vertrag und den Pakt dem andern vorbehalten ist. Die Versammlung hat kein Recht auf Revision oder Abänderung eines Beschlusses, der in die ausschließliche Zuständigkeit des Rates fällt. Dasselbe gilt für den Rat gegenüber den Beschlüssen der Versammlung. Gemäß dem Wortlaute des Vertrages sollen die Mitglieder des Rates und die der Versammlung ihre Beschlüsse als Vertreter ihrer Staaten. Ihre Stimmabgabe kann keine andre Bedeutung haben. Der Rat wird jedes Jahr der Versammlung einen Bericht über seine Arbeiten erstatten.

Die zweite Kommission empfiehlt der Völkerbundsversammlung die Schaffung einer ständigen Organisation für hygienische Fragen, die mit den bereits bestehenden ähnlichen Organisationen und insbesondere auch mit dem internationalen Komitee in Paris zusammenzuarbeiten hätte.

•

Völkerbund und Kreditorganisation

Der Chef der Finanzsektion der vom Völkerbund eingesetzten ständigen provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission, Strakosch (Südafrika), erklärte: Die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission liegt in der Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die es ermöglicht, daß die besonders verarmten Länder Europas, wie die Zentralmächte, in der Lage sind, Rohstoffe einzuführen und diese als Fabrikate wieder auszuführen. Diese Kredite dürfen nur für die ganz verarmten Länder in Anspruch genommen werden, die allein nicht in der Lage sind, sich zu helfen. Die Kreditorganisation ist so gedacht, daß die Staaten eine Garantie zu leisten hätten für die den einzelnen Privatwirtschaften zur Verfügung gestellten Rohstoffe. Die praktische Durchführung habe in der Weise zu erfolgen, daß die von der in Frage stehenden Regierung ausgestellten Bons an die internationale Kreditorganisation gelangen, die den Wert der Bons feststellt, die als Garantie für die gewährten Kredite dienen.

Polens Finanzkrisis

⊡ **Warschau**, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die schwierige finanzielle Lage Polens hat die Polen nach dem Scheitern aller Versuche Grabskis zu einem verzweifelten Schritt veranlaßt. Der Sejm hat dem bekannten Finanzmann Jarodczynski fast unumschränkte Vollmacht gegeben und ihm den Auftrag erteilt, einen Ausschuß aus Vertretern des Handels, der Industrie und der Bankwelt zu gründen und mit dem Ausschuß gemeinsam einen Entwurf für eine neue polnische Anleihe in Amerika auszuarbeiten. Dem Ausschuß sollen zu diesem Zwecke diktatorische Vollmachten verliehen werden, denen gegenüber die Regierung fällt nur ein beschränktes Veterecht ausüben kann. Jarodczynski beruft in eigener Person sämtliche Mitglieder dieses Ausschusses. Er hat mit amerikanischen Finanzkreisen Fühlung genommen und man beabsichtigt die Gründung einer polnisch-amerikanischen Notenbank zum Zwecke der Emission neuer Aktien. Diese Bank, deren Aktien zum größten Teil von amerikanischer Seite garantiert werden, soll gleichzeitig die gesamten schwebenden Schulden des Staates übernehmen, um auf diesem Wege eine Neufinanzierung vorzunehmen und eine völlige Finanzreform durchzuführen. Ob die von polnischer Seite erhoffte Valutabesserung eintreten wird, darf man jedoch trotz des Planes des Bankiers Jarodczynski schon deshalb bezweifeln, weil eine amerikanische Privatnotenbank in Polen den politischen Kredit des Landes zu sehr schädigen muß.

Das englisch-russische Handelsabkommen

Fl. **London**, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Das englisch-russische Handelsabkommen ist in einer Abschrift dem Grafen Sforza und dem französischen Ministerpräsidenten Leygues übergeben worden. In dieser Uebereinkunft wird der Ausdruck „Sowjet" nicht gebraucht, sondern von den russischen Einkaufsvereinigungen gesprochen. Die Clearingstelle wird sich in Petersburg befinden, und zwar im Gebäude der dortigen City and Midland Bank, deren Leiter der frühere englische Finanzminister Mackenna ist. Außerdem wird in Riga eine britische Stelle eingerichtet, die sich hauptsächlich mit der technischen Erledigung der Aufträge zu befassen hat.

Was die ersten Lieferungen anbetrifft, so handelt es sich um Manufakturen, Stahlwaren, Handgerätschaften und Konserven. Die Ladungen sind teilweise unterwegs. Von der englischen Regierung ist ein Vorschuß von einem viertel Million Pfund Sterling bewilligt worden, um den Verkäufern bei Ablieferung der Waren usw. ein Fünftel des Rechnungsbetrages zur Verfügung zu stellen. Hierfür werden 2 Prozent berechnet.

Es wird nun in französischen Handelskreisen die Möglichkeit untersucht, ein analoges Uebereinkommen mit den russischen Kooperativvereinigungen abzuschließen. Der französische Handelsminister hat ein Rundschreiben an die Handelskammern gerichtet, um zu erfahren, welche Erzeugnisse für den Export nach Rußland in Betracht kommen.

Auch die belgische Regierung trifft Anstalten, um große Bestände von Textilwaren, Glas, Möbel und Metallwaren nach Rußland auszuführen. Selbst nationalistische Kreise stimmen für die Beschleunigung einer kommerziellen Abmachung mit Rußland. Da London die Zentralstelle der russischen Einkaufsvereinigungen ist, so werden alle diese Verhandlungen mit Krassin geführt.

Die griechische Frage

Der französische Ministerpräsident Leygues erklärte in London, daß die Alliierten in ihrer Haltung zur griechischen Frage vollkommen übereinstimmten. In einer Note, die an Griechenland abgeschickt sei, heiße es:

Obwohl die englische, französische und italienische Regierung es nicht wünschen, sich um die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu bekümmern, halten sie sich doch für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß die Rückkehr des Königs, dessen treulose Handlungsweise während des Krieges den Alliierten große Schwierigkeiten verursachte, auf den Thron von ihnen nur als die Bekräftigung dieser feindlichen Handlungsweise durch Griechenland angesehen werden kann. Dieser Schritt muß eine neue und ungünstige Lage in den Beziehungen zu Griechenland verursachen. In diesem Falle werden die drei Regierungen sich vollkommene Freiheit für die so geschaffene Lage vorbehalten.

Bestätigt wird diese Erklärung Leygues durch eine Rede Bonar Laws im englischen Unterhaus. Bonar Law las unter lautem Beifall die nach Athen gerichtete Note der Alliierten vor und fügte hinzu:

Diese Erklärung besagt deutlich, daß Großbritannien und die Alliierten, wenn das griechische Volk sich für einen Schritt entscheidet, den England beklagen würde, nicht die geringste Absicht haben, eine feindliche Aktion im Sinne einer gewaltsamen Verhinderung des griechischen Volkes, diesen Schritt auszuführen, in die Wege zu leiten.

Ebenso meldet der Sonderberichterstatter des „Journals" in London: Von italienischer Seite wird mitgeteilt, man werde die Rückkehr König Konstantins nicht verbieten, behalte sich aber alle Rechte vor für den Fall, daß er zurückkehre, d. h. auch das Recht, den Friedensvertrag von Sèvres zu revidieren.

Wie der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" ferner mitteilt, hat Rumänien der englischen Regierung erklären lassen, es sei seiner Ansicht nach die beste Lösung der griechischen Frage, wenn Kronprinz Georg den Thron besteige. (Es sei bemerkt, daß Kronprinz Georg sich erst unlängst mit einer rumänischen Prinzessin vermählt hat.)

•

Die Abstimmung in Griechenland

⊙ **Zürich**, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Agentur Stefani meldet aus Athen: Das Kabinett Rhallis hat abgelehnt, die Volksabstimmung über die Rückberufung König Konstantins zu vertagen. Der Ministerpräsident beschloß, die Entscheidung auf die Ententenote dem Parlament zu überlassen.

⊙ **Zürich**, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" meldet aus Athen: Nach Ueberreichung der Ententenote ist es in Athen zu großen Kundgebungen des Militärs für die Rückkehr des Königs Konstantin gekommen. Der Umzug der Truppen, die Fahnen mit den Bildern des früheren Königs voranrugen, dauerte fast drei Stunden. Die Offizierbünde hat dem Ministerpräsidenten einen Beschluß überreicht, dessen Inhalt von den Regierungsstellen nicht veröffentlicht wird. Für den Abstimmungstag hat die Regierung weitgehende Sicherungsmaßnahmen in Griechenland getroffen.

Proteststreik in Barcelona

× **Barcelona**, 4. Dezember. Der infolge der Ermordung des Abgeordneten Layro und der Internierung von Gewerkschaftlern erklärte Proteststreik nimmt an Ausdehnung zu. Er hat auf zahlreiche Industrien, namentlich die Tuch- und Metallbranche, übergegriffen. Der Zivilgouverneur ergriff entschlossene Maßnahmen zur Verhinderung von Verbrechen, erklärte aber, daß er sich den Forderungen der Arbeiter, wenn gesetzmäßige Wege verfolgt würden, nicht entgegenstellen werde.

Parteien-Einigung

Der Ruf nach einem Zusammenschluß der nichtklerikalen und nichtkonservativen bürgerlichen Gruppen, der dieser Tage aus Schleswig-Holstein ergangen ist, hat, soweit wir zu sehen vermögen, in der Presse, zumal der Berliner, keine rechte Beachtung gefunden. Vielleicht wird man das als ein Zeichen der Verlegenheit werten dürfen. Gewohnt, sich als den Besitzer der allein echten Wahrheit auszugeben, ist man von dem Ungestüm dieser Waterkantbewohner, die die dreimal heiligen Trennungsstriche nicht gelten lassen wollen, einigermaßen betroffen und weiß anscheinend im Moment sich nicht recht zu fassen. Kann sein auch, daß hüben und drüben Parteiobere und Wahlmacher (es ist ja soviel allzu Menschliches in diesen Dingen) über die rechte Formel sich noch nicht einig wurden. Dennoch wird man mit dem schleswig-holsteinischen Schlachtschrei sich auseinandersetzen haben. Er ist, wenn er nicht mehr ist, zum mindesten von symptomatischer Bedeutung. Die Verkerung einer in weiten Kreisen des Bürgertums verbreiteten und wachsenden Stimmung. Die beschränkt sich nämlich keineswegs auf die Nordmark und ist auch nicht erst von heute oder gestern. Im Grunde war es ja auch diese Stimmung, die vor nunmehr zwei Jahren zur Schaffung der Demokratischen Partei trieb. Was damals viele zur Trennung von den Nationalliberalen veranlaßte und der neuen Bildung Männer und Frauen zuführte, die bislang parteimäßig nicht gebunden waren, war nicht etwa der Hunger nach mehr Demokratie. Nicht allen, aber den meisten ging es in diesen Stücken wohl schon zu jener Frist, wie es neun Zehnteln des Bürgertums heute geht. Der Bedarf an formaler Demokratie war im großen und ganzen gedeckt. Aber man hielt die Zerklüftung der liberal und national empfindenden Schichten für sinnlos, in diesen stürmischen Zeitläuften geradezu für verderblich und glaubte, in der neuen Partei den großen Körper gefunden zu haben, um den sich über kurz oder lang die noch beiseite Stehenden scharen würden.

Die Entwicklung ist dann ja bekanntlich einen andern Weg gegangen. Sie hat — man kann das ruhig aussprechen — denen, die so kalkulierten, unrecht gegeben. Im Zeichen der Konstituierenden Nationalversammlung lebten Volksparteiler und Demokraten sich immer mehr auseinander. Jene wurden zwangsläufig in eine Kampfgemeinschaft mit den Deutschnationalen gedrängt, diese gerieten mehr, als ihnen fromme und sicher gegen ihren Willen, in eine leise Abhängigkeit von der Mehrheitssozialdemokratie. Dann kamen die Wahlen, die Neubildung der Regierung, das Beieinanderwohnen in Koalitionskabinett und parlamentarischer Mehrheit und nun erwies sich, daß die klassterliche Kluft, um derentwillen man bei den Wahlen und auch vorher schon sich in den Haaren gelegen hatte, in Wahrheit gar nicht bestand. In sozialpolitischer Beziehung mögen hier und da noch manche Differenzen, in Wirklichkeit wohl mehr Abschattungen, vorhanden sein, auch gewisse monarchische Bestrebungen werden innerhalb der Demokratie von dem einen oder andern störend empfunden werden. Aber in den großen, die Zeit bestimmenden Fragen von Politik und Wirtschaft, im Verhältnis zur eigenen Nation und den andern Völkern wird es dem unbewaffneten Auge schwer, noch wesentliche Unterschiede zu entdecken. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, wenn den Wählermassen aus Unmut und Verdruß die Frage sich entringt: Wozu marschieren wir eigentlich noch getrennt, warum reichen wir nicht sicher zur Verteidigung der starken Gemeinsamkeiten einander die Hände?

Für das geeinte Marschieren sprechen ja auch sehr zwingende Gründe politischer Taktik. Die Sozialdemokratie, die im Sommer in den nicht sehr ehrlichen Verhandlungen hinter den Kulissen auf die Heranziehung der Volkspartei zur Regierung drang, möchte sie nun, da ihr die Vereinigung mit den Gefolgsmannen Erzbergers winkt, lieber heute als morgen wieder heraus haben. In Sachsen macht man soeben die Probe aufs Exempel. Geht es gut aus, so hofft man, im Frühjahr Preußen und das Reich folgen zu lassen. Das aber wäre, weil das Bürgertum dabei so oder so geschwächt würde, von Demokraten wie Volkspartei nicht zu tragen. Die Demokraten können auch nicht wieder mit der Sozialdemokratie allein in eine Regierung hineingehen. Sie dürfen nicht mitansehen, wie die Volkspartei durch den Zwang der Umstände den Deutschnationalen ausgeliefert wird, nicht selber sich wieder in den Anhängerwagen der Sozialdemokratie begeben. Das sind Dinge, die, auch wenn, wie eben erst wieder in Nürnberg, nicht jedes Partei- oder Generalsekretär-Hirn sie zu fassen vermag, über kurz oder lang zu einer Vereinigung der Kräfte führen müssen. Die wird vielleicht nicht restlos sich vollziehen; von der Volkspartei werden rechts ein paar abspliittern und von den Demokraten ein paar links. Auch die preußischen Wahlen, bei denen die Deutsche Volkspartei den Hauptstoß der Deutschnationalen auszuhalten haben wird, können einige Störungen und Hemmungen bringen. Aber auf die Dauer aufzuhalten wird die Entwicklung nicht sein. Was immerhin noch ein Trost im Unglück ist.

Wir brauchen, schon mit Rücksicht auf das parlamentarische Regiment, große Parteien. Um Koalitionsregierungen kommen wir sowieso nicht herum. Da wäre es wenigstens zu wünschen, daß man Kabinett und Mehrheit nicht aus vier oder fünf Parteien zusammenkleistern müßte.

R. R.

•

Mandatswechsel im sächsischen Landtag

Für den Abgeordneten Lipinsky sollte der Konrektor Meuer (U. S. P.) in den Landtag eintreten. Dieser hat auch abgelehnt. Nunmehr wird der Klempnermeister Kießling aus Döbeln den Abgeordneten Steinfels ersetzen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201205/1